

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

17.1.1927 (No. 13)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vertreibung, und Kontokorrentverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendweicher Vergütung übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht juristisch geprüfert. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Die Lage des Arbeitsmarkts

für die Zeit vom 6. Januar bis 12. Januar.
(Mitgeteilt vom Landesamt für Arbeitsvermittlung.)

Die Erwerbslosigkeit hat in der Zeit zwischen dem 6. und 12. Januar 1927 weiter zugenommen, die Hauptunterstützungsempfängerziffer ist von 66 053 auf 68 704 gestiegen, doch blieb die Steigerung als solche in der jetzigen Berichtszeit mit 2651 hinter derjenigen der unmittelbar vorangegangenen Zeit mit 4821 zurück. Eine Zunahme der Erwerbslosigkeit war vor allem bei den sogenannten Außenberufen wahrzunehmen (doch sehr bereits innerhalb der Landwirtschaft eine gewisse Belebung der Nachfrage nach Kräften auf.

In der Metallbearbeitung und Maschinenindustrie erfolgten an verschiedenen Plätzen und aus verschiedenen Industrien (z. B. Automobilbau, Uhren- und Nähmaschinenfabrikation) Entlassungen, während anderwärts Maschinenbau und Elektroindustrie aufnahmefähig waren. Die Facharbeiter-Nachfrage in der Singener Industrie (Konstruktionschlosser, Aluminiumhandwerker) konnte nicht befriedigt werden.

In der Leder-, des Weiteren in der Holz- und Schnitzstoffindustrie und im Bekleidungsgebiete teilweise leichte Beschlechterung.

In Nahrungsmittelgewerbe eine gewisse Nachfrage nach Mälkern, im Genussmittelgewerbe verschiedentlich Nachfrage nach Zigarren-Qualitätsarbeitern. Bei etwas schwankender Gesamtbeschäftigungslage im Tabakgewerbe vermehrte immerhin die Kurzarbeiterziffer dieser Industrie in dieser Berichtszeit wieder und zwar von 1169 auf 865 auf 804 zu sinken.

Im Müllergewerbe ziemlich starke Nachfrage nach Aushilfskräften. Im Gastwirtsgebiete leichte Besserung gegenüber der vorangegangenen Berichtszeit; hier macht sich bereits eine leichte Nachfrage nach Kräften für die kommende Saison bemerkbar.

Paß für Staatenlose

Am 12. und 13. Januar 1927 ist in Genf auf Einladung der Völkerbundskommission für Verkehr und Transit von einem Ausschuss, der sich aus je einem deutschen, französischen, österreichischen, ungarischen, polnischen, griechischen und rumänischen Sachverständigen zusammensetzt, die Frage der Ausgestaltung staatenloser Personen mit internat. anerkanntem Ausweispaß beraten worden. Nach dem Beratungsergebnis ist die Schaffung eines „Paßes für Personen ohne Heimatpaß“ mit regelmäßig einjähriger Geltungsdauer in Aussicht genommen worden. Der vom Sachverständigenausschuss vorbereitete Entwurf einer entsprechenden zwischenstaatlichen Vereinbarung soll nunmehr dem Völkerbundrat vorgelegt werden, der daraufhin voraussichtlich die Einberufung einer Konferenz der Regierungen beschließen wird.

Amtliche Großhandelsindexziffer. Die auf den Stichtag des 12. Januar berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes beträgt 135,7 und ist gegenüber der Vorwoche um 0,6 Proz. gesunken. Die Indexziffer der Agrarstoffe ist bei rückläufigen Preisen für Vieh und Vieherzeugnisse um 1,7 Proz. auf 139,4 zurückgegangen. Die Indexziffer der industriellen Rohstoffe und Halbwaren hat leicht auf 129,0 angezogen, während die Preise der industriellen Fertigerwaren auf 141,6 nachgaben.

Der Beamtenausschuss des Reichstages erledigte am Samstag die zweite Beratung der Reichsdienststrafordnung. Von Änderungsanträgen wurde mit Rücksicht auf das Fehlen einer verantwortlichen Regierung Abstand genommen. Die dritte Lesung der Vorlage will der Ausschuss vornehmen, wenn eine neue Regierung gebildet ist.

Dr. Edener über das neue Versuchsluftschiff. Dr. Edener, der sich z. Bt. in Davos aufhält, gewährt einem Mitarbeiter des „Samb. Fremdenbl.“ eine Unterredung, in deren Verlauf Dr. Edener ausführte, das neue Versuchsluftschiff, das um die Hälfte größer als die „Los Angeles“ sein werde, werde zunächst mehrere größere Probe- und Propagandafahrten unternehmen. Wahrscheinlich werde eine dieser Reisen die geplante Nordpolfahrt sein, für die Haparanda als Startort in Frage komme. Man hoffe, mit den größeren Probefahrten im Herbst 1928 beginnen zu können. Eine soll ohne Zwischenlandung bis nach Brasilien führen.

Domela-Prozess in Gotha. Das „B. L.“ meldet aus Köln: Der Verteidiger des falschen Prinzen Harry Domela hatte den Antrag gestellt, die Hauptverhandlungen gegen seinen Klienten in Köln abzuhalten. Dieser Antrag ist von der Staatsanwaltschaft mit der Begründung abgelehnt worden, daß die Delikte, die Domela in Köln begangen habe, nur geringfügiger Natur seien. Es wurde beschlossen, den Haupttermin in Gotha abzuhalten, wohin Domela in allernächster Zeit verbracht werden wird.

Einweihung des Erweiterungsbaues der Lungenheilstätte Nordrach-Kolonie

Am gestrigen Sonntag, vormittags 11 Uhr, fand in Anwesenheit des Ministers Dr. Remmele, der Vertreter der zuständigen Behörden, der Ärzte, der Vorstandskräfte und des aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern zusammengesetzten Ausschusses, sowie sonstiger geladener Gäste, die feierliche Einweihung des Erweiterungsbaues der Lungenheilstätte Nordrach-Kolonie statt. Im Mittelpunkt stand, nachdem der Redeakt durch einen Musikvortrag: „Sarabande“ von Händel eingeleitet war,

Die Ansprache des Präsidenten Jung

von der Landesversicherungsanstalt Baden. Er gab einleitend einen geschichtlichen Überblick über die Entstehung des heutigen Anstaltsgebietes und führte dann aus:

Im Jahre 1889 kam der pratt. Arzt Dr. Walther zufällig in dieses Tal, erwarb die Mehrzahl der zu dieser ehemaligen Klosterkolonie gehörenden Gebäude, welche inzwischen den verschiedensten Zwecken gedient hatten; er eröffnete in diesen ein Privatnatorium für Lungenkranke, das namentlich von wohlhabenden Engländern besucht war. In der Folge richtete er die heute noch vorhandenen und von uns benutzten Holzhäuser und erweiterte fortwährend die Anstalt, sowie den dazu gehörenden Grundbesitz. Nach 19jährigem Besitze entschloß sich Dr. Walther, das Anwesen zu veräußern und bot es der Landesversicherungsanstalt zum Kaufe an. Diese besaß sich damals infolge in einer Zwangslage, als ihre Lungenheilstätten Friedrichsheim und Luisenheim mit zusammen 430 Betten nicht mehr ausreichten, um die ständig zunehmende Zahl der um ein Heilverfahren nachsuchenden Versicherer aufzunehmen. Demgemäß entschloß sich der damalige Vorstand unter dem Vorbehalt des um die Organisation und Durchführung des Heilverfahrens hochverdienten I. Anstaltsvorstehenden, Herrn Geh. Rat Masina, bei dem Ausschusse den Ankauf des Walther'schen Lungenanatoriums um den Preis von 300 000 M. zu beantragen. In seiner Sitzung vom 20. Juni 1908 genehmigte der Ausschuss einstimmig den Erwerb des Anwesens, welches nach im Laufe des Jahres 1908 mit über 100 männlichen Lungenkranken belegt wurde. 4 Gebäude: Bergfried, Rosenhaus, Herrenhaus und Sonnenhaus wurden zur Aufnahme der Kranken verwendet, während die übrigen Häuser, namentlich die alte Realwirtschaft „Zum Anker“ und das sogenannte Doktorhaus wirtschaftlichen und ärztlichen Zwecken dienten. Der ehemals an der Anstalt vorhandene Heilstätte als öffentliche Wirtschaft fortgeführt, bis gegen Ausgang des Weltkriegs der Mangel an Getreide und Lebensmittel zur Schließung der Wirtschaft zwang. Nun ist der alte Bau mit seinen gemühtlichen Räumen, in denen am Sonntag die ringsum wohnenden Bauern ihren Schoppen tranken und in denen viele Wanderer einkehrten, ein Opfer der neuen Zeit mit ihren Anforderungen an Licht und Luft geworden!

Die ärztliche und wirtschaftliche Leitung der neu erworbenen Heilstätte übernahm der bisherige Chefarzt unserer Heilstätte Luisenheim, Herr Direktor Med.-Rat Dr. Schmidt, welcher bis zu seinem am 17. April 1925 erfolgten Tode an der Spitze der Anstalt stand.

Im November 1910 trat unsere allberehrte Frau Oberin Nolte ihren verantwortungsvollen Dienst an u. steht seitdem unermüdet dem weitverzweigten Haushalt der Heilstätte vor. In bewundernswürdiger Ausdauer hat Frau Oberin Nolte — unterstützt von der stets dienstfertigen Schwester Elise und den sonstigen Schwestern — die ungeheuren Schwierigkeiten, welche die Kriegs- und Nachkriegszeit sowie die 4 1/2 Jahre Bauzeit der Wirtschaftsführung der Heilstätte bereiteten, überwunden und ist unseren Kranken stets eine aufopfernde mütterliche Freundin gewesen!

Die Heilstätte nahm bis zum August 1914 eine ruhige Entwicklung. Da es an einer ordentlichen Verpflegung, an Wohnen und an gemeinsamen Aufenthaltsräumen für die Kranken vollständig fehlte, wurde bereits im Jahre 1909 der Viegehallenbau erstellt. Im Jahre 1911 folgten eine biologische Kälzanlage für die Wasserleitung und ein neues Trinkwasserreservoir. 1913 erwarb die Landesversicherungsanstalt das an unsere Anstalt antiehende alte Gemeindefeldhaus und ermöglichte durch ein Darlehen den geschmackvollen Schulhausneubau. Durch einen entsprechenden Umbau des alten, aber majestätischen Hauses wurden 10 weitere Krankbetten und ein Isolierzimmer gewonnen.

Diese auf- und aufbauende Arbeit wurde durch den im Juli 1914 hereinbrechenden Weltkrieg jäh unterbrochen. Es konnte lediglich noch im folgenden Jahr das am Eingang der Heilstätte erhöht stehende niedliche Direktorhaus hinzuerworben werden.

Der größte Teil der Kranken mußte schon in den ersten Mobilmachungsbegehren dem Gestellungsbegehren folgen und die Heilstätte verlassen; ein kleiner Rest der Kranken reiste in den nächsten Wochen ab, so daß die Heilstätte am 12. September 1914 vollständig von Kranken leerstand. Um die Anstalt nicht unbenutzt stehen zu lassen, bot der Vorstand dieselbe der Militärverwaltung als Gefangenenheim an, welche auch von dem Anerbieten gerne Gebrauch machte. In der Zeit vom 25. Oktober 1914 bis 31. Januar 1916, während welcher die Heilstätte als Militärgefängnis diente, weichen hier insgesamt 1916 Militärpersonen mit zusammen 37 226 Verpflegungstagen. Nach Räumung der Heilstätte durch die Militärverwaltung, die nunmehr in unserer Männerheilstätte Friedrichsheim ein Reservelazarett einrichtete, wurde der eigentliche Heilstättenbetrieb wieder aufgenommen und Nordrach-Kolonie mit lungenkranken männlichen Versicherten, die nicht zum Reservendienst eingezogen waren, voll belegt. Der allgemeine Lebensmangel verhinberte jedoch eine kurgemäße Verpflegung der Kranken und damit fast jeden Kurerfolg.

Der Redner schilderte die Schwierigkeiten der Führung der Anstalt während des Krieges und die dann einsetzenden Vor-

bereitungen zur Herstellung eines Neubaus; er fuhr fort: In seiner Sitzung vom 12. März 1922 beschloß der Gesamtvorstand auf Grund der ihm unterbreiteten Gutachten und Pläne als Ersatz für die vielfach ungenügenden und teilweise abgängigen Bauten der Lungenheilstätte Nordrach-Kolonie einen Hauptbau (umfassend eine Kranken-, Verwaltungs-, Betriebs- und eine therapeut. Abteilung), sowie einen besonderen Wirtschaftsraum (enthaltend Kesselhaus, Maschinen- und Akkumulatorenraum, Wäscherei mit Zubehör, Garagen, Werkstätte und Desinfektionsraum) nach den Beschlüssen Plänen mit einem Gesamtbauaufwand von rund 10 Millionen Mark zu erstellen und mit einer diesbezüglichen Vorlage an den Ausschuss der Landesversicherungsanstalt heranzutreten. Nach eingehender Erörterung des für und Wider genehmigte der Ausschuss am 20. März 1922 einstimmig das Vorhaben, obwohl schon damals infolge der inzwischen fortgeschrittenen Entwertung der Mark mit dem Doppelten der genannten Summe als voraussichtlichen Baukosten gerechnet werden mußte, und bewilligte die hierzu erforderlichen Mittel. Die gesetzlich vorgeschriebene Zustimmung der Aufsichtsbehörde wurde durch Entschließung des badischen Landesversicherungsamts vom 5. April 1922 erteilt. Die verantwortliche Bauleitung erhielt der Planfertiger, Prof. Beck in Karlsruhe.

Bei der maschinellen Einrichtung des Haupt- und Wirtschaftsbaues wirkten entscheidend der maschinentechnische Sachverständige der Landesversicherungsanstalt, Oberreg.-Rat Schellenberg und, soweit die Turbinenanlage in Frage kam, Baurat Treiber vom Badenwerk mit; auch die Ministerialräte Prof. Stürzenacker und Dr. Kauffmann — ersterer bautechnischer Referent, letzterer Medizinalreferent im Ministerium des Innern — wurden in einzelnen wichtigen Fragen gehört; sie haben in entgegenkommender Weise ihre Erfahrungen und Kenntnisse in den Dienst der Sache gestellt.

Wenn heute die Neubauten trotz der Stürme der Inflation, welche über sie hinweggebraust sind, und welche das ganze Wirtschaftsleben in Deutschland eine Zeitlang stillgelegt haben, so statisch und mit den modernsten ärztlichen und technischen Einrichtungen ausgestattet vor uns stehen, so kommt der Verdienst hierfür in erster Linie den Herren Beck und Schellenberg zu, welche in dem Bauführer, Baumeister Stephan, einen ebenso tüchtigen wie zuverlässigen Mitarbeiter fanden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang hervorheben, daß die Ausführung dieser Bauten mit einem Aufwand von rund 2 Millionen Reichsmark — abgesehen von deren Zweckbestimmung — auch infolge einer sozialen Tat der Organe der Landesversicherungsanstalt darstellt, als dadurch und zwar gerade in der Zeit des tiefsten Standes der deutschen Wirtschaft die Beschäftigung einer stattlichen Anzahl Arbeiter ermöglicht wurde, welche auf diese Weise mit ihren Familien ihr Auskommen fanden und vor dem traurigen Schicksal des Arbeitslosen bewahrt worden sind.

Lassen Sie mich nur noch wenige Worte über die weitere Geschichte und die künftige Bestimmung der Heilstätte sagen. — Als selbstverständliche Folge des Beginn der Bauarbeiten mußte die Heilstätte am 1. März 1922 bis auf weiteres geschlossen werden. Erst am 7. Juli 1924 konnte mit den 70 Betten der alten Gebäude Bergfried, Rosenhaus und altes Schulhaus, in die nunmehr weibliche Lungenkranke und ebensolche Kinder gelegt wurden, ein Notbetrieb eröffnet werden. Im Jahre 1925 aber konnten dem Landesverband zur Bekämpfung der Tuberkulose 70 Betten für seine Schutzbefohlenen überlassen werden.

Wurde so die Heilstätte in den letzten Jahren ausschließlich zur Aufnahme von anstehender Lungentuberkulose leidenden Frauen und Kindern verwendet, so soll sie auch nach ihrer Erweiterung in der Hauptsache den gleichen Zwecken dienen, zumal auch jetzt noch die Zahl der weiblichen Kranken die der männlichen bei weitem überwiegt; sie wird aber jetzt noch eine besondere Station für nur tuberkulosegefährdete und -verdächtige Kinder erhalten. Auch sollen in der Abteilung für Schwerkranken lungenkranke Männer, die sich einer operativen Behandlung unterziehen wollen, eingewiesen werden. Die Zahl der jetzt zur Verfügung stehenden Betten beträgt für tuberkulose Frauen — unter Umständen auch Männer — im Neubau 102, für tuberkulose Kinder im Bergfried 39, für tuberkulose gefährdete Kinder im Rosenhaus 25. Außerdem steht das alte Schulhaus mit seinen 10 Betten als Aufnahme- und Isolierstation zur Verfügung, so daß die Gesamtzahl der vorhandenen Betten künftig auf 176 beläuft.

Die ärztliche Behandlung der Kranken erfolgt durch den neuen Direktor, Dr. Morgentern, durch die beiden Assistenzärzte und einen Medizinalpraktikanten. Die Pflege der Kranken und die Beaufsichtigung der Kinder geschieht durch Schwestern des Badischen Frauenvereins vom Roten Kreuz.

Die Heilstätte ist mit allen neuzeitlichen therapeutischen Mitteln ausgerüstet und steht in ihren Pflege- und Behandlungsmöglichkeiten mit den Tuberkulosekrankehäusern, deren Bau in letzter Zeit von den im Mittelpunkt der Tuberkulosebekämpfung stehenden Ärzten als dringendes Bedürfnis gefordert wird, vollkommen auf einer Stufe. Was Menschengeist erfand und Menschenhand geschaffen, um eine sachgemäße Behandlung der Lungenkranken zu ermöglichen, ist bereitgestellt.

Ich schließe mit dem Wunsche, daß ein gütiges Geschick über diesem in so schwerer Zeit entstandenen Werk walten und unseren Kranken Mitmenschen, welche hier Heilung suchen, die Gesundheit, das höchste menschliche Gut, wiedergeben möge!

Darauf erläuterte der verantwortliche Bauleiter, Professor Beck aus Karlsruhe, die Entstehung des Neubaus und ihren Bestimmungszweck an der Hand der vorliegenden Baupläne. Es ergab sich daraus, mit welchen Schwierigkeiten man durch den Mangel an Bauarbeitern, Verteuerung der Baumaterialien und die schon erwähnte Geldentwertung im Inflations-

jahr 1923 zu kämpfen hatte, denn es wurden ja auch die alten Gebäude der Reparatur unterzogen.

Die Schlüssel-Übergabe

Als dann erfolgte durch den Präsidenten Jung die Übergabe des Schlüssels an den Direktor Dr. Morgenstern mit folgenden Worten: Im Namen des Gesamtvorstands der Landesversicherungsanstalt übergebe ich Ihnen den mir soeben von Professor Bed überreichten Schlüssel des neuen Hauses zu guten Händen. Mögen Sie in den lustigen und sonnigen Räumen Ihren schwierigen und verantwortungsvollen Beruf ausüben in dem Geiste der Liebe, von dem ich soeben gesprochen habe. Wir alle aber hoffen, daß Ihrer und Ihrer Herren Kollegen Arbeit im Kampfe gegen die verheerendste aller Volkskrankheiten, die Lungentuberkulose, ein voller Erfolg beschieden sein möge! Hierzu ein herzliches Glück auf! — Dr. Morgenstern versprach, seine ganze Kraft für das Wohl der Anstalt einzusetzen. — Ein weiterer Musikvortrag „Erlös Gang“ aus der Oper „Die Follinger“ von Kretschmar schloß die würdige und einprägsame Feier. — Damit war der offizielle Weibesaft beendet und es erfolgte unter sachkundiger Führung

Die Besichtigung des Neubaus

Man überzeugte sich allgemein von den großen technischen Fortschritten, von der Solidität der getroffenen Einrichtungen und der praktischen Ausnutzung der vorhandenen Räumlichkeiten. Es ist alles auf den neuesten Stand der Forschung und der Technik gebracht; insbesondere sind die täglichen Bedarfsgegenstände und Räume der Ärzte in großer Vollkommenheit vorhanden, so daß man in der Bekämpfung der Tuberkulose sicher große Erfolge erwarten darf.

Begrüßungsreden beim Mittagessen

Da eine andere Gelegenheit nicht geboten war, erfolgten erst beim Mittagessen die verschiedenen Ansprachen der behördlichen Vertreter und der geladenen Gäste, welche wir aber nur auszugeweiht wiedergeben können. — Den Reigen eröffnete

Oberregierungsrat **Kausch**, Vorstandsmitglied der Landesversicherungsanstalt, der u. a. ausführte: In der Zeit vom Jahre 1899 bis 1917 konnten 4 Lungenheilstätten in Betrieb genommen werden, darunter Friedrichsheim, Luisenheim und Nordrach-Kolonie, und im Jahre 1917 eine Anstalt für chirurgische Tuberkulose, Girschhalde b. Bad Dürkheim. Es spricht für den schlechten Gesundheitszustand der versicherten Bevölkerung, soweit Tuberkulose in Frage kommt, daß vom Jahre 1899 bis zum Ablauf 1926 rund 34 000 Kranke durch unsere Heilstätte gegangen sind, darunter 18 000 Männer und 16 000 Frauen. Es ist für den Heilerfolg gewiß ein gutes Zeugnis, daß im Jahre 1913 von vor 6 Jahren aus der Heilstätte Entlassenen ungefähr 70 Prozent noch voll erwerbsfähig waren. Das ist gewiß ein Zeugnis ärztlichen Fleißes und Erfolges, das Anerkennung verdient. Die badische Versicherungsanstalt verfügt im gegenwärtigen Zeitpunkt über 590 Betten für Tuberkulose und zirka 60 Betten für an chirurgische Tuberkulose Erkrankte. Wir haben im Jahre 1912: 10 600 Heilverfahrens- anträge von Versicherten bekommen, im Jahre 1926: 20 100, also genau das Doppelte. Davon wurden genehmigt: im Jahre 1912: 9300, im Jahre 1926: 15 800, also rund 78 Prozent aller Anträge. Wir nehmen ungefähr 24 Millionen im Jahre ein und geben ungefähr 18 Millionen für Renten aus, was übrig ist, steht für freiwillige Leistungen zur Verfügung. Hierfür haben wir ausgegeben im Jahre 1912: 16,8 Prozent, im Jahre 1926: 34,4 Prozent, 1926: 40,1 Prozent, das sind 2 148 000 M. Wir können mit Stolz sagen, daß die badische Versicherungsanstalt hinsichtlich ihrer freiwilligen Leistungen an der Spitze aller 30 deutschen Landesversicherungsanstalten steht. Bedner dankt den Ärzten und Schwestern und dem Personal der Heilstätte. Auch Präsident Jung habe sich um die Erstellung des Neubaus besonders verdient gemacht.

Minister Dr. Remmele:

Meine Aufgabe ist es zunächst, dem Präsidenten, dem Vorstand und dem Ausschuss der Landesversicherungsanstalt Baden herzlichen Dank zu sagen für die Art der Begrüßung und auch dafür zu danken, daß sie heute weiteren Kreisen Gelegenheit gegeben haben, zu sehen, was hier in Nordrach geschaffen wurde. Ich darf wohl ohne Übertreibung sagen, hier ist zweckmäßig und gut gebaut worden, ohne Verschwendung zu üben. Ich bin der Meinung, daß man dem Bauherrn für das, was hier steht, von Herzen gratulieren darf. Der Streit darüber, ob der Bau solcher Anstalten der richtige Weg für die Beseitigung der durch den Krieg verursachten Schäden an der Volksgesundheit ist, will heute so wenig wie früher vertummen. Die Einen sagen, es seien die Voraussetzungen, die zu Volksseuchen führen, zu beseitigen; Andere sagen: Was nützt es, was nützen noch so gute Anstalten und noch eine so gute Heilbehandlung, wenn die armen Menschen wieder in das alte Elend zurückmüssen. Ich denke dabei an die Wohnungsfrage, die Frage der allgemeinen Erziehung überhaupt. Es ist unmöglich, diese im Handumdrehen oder in einer ganz kurzen Spanne Zeit so zu gestalten, daß man ohne die Behelfsmittel Kranken- und Erholungsheime auskommt. Die Landesversicherungsanstalt ist auf dem richtigen Weg mit dem, was sie tut und weiterhin tun will. Ohne Unterschied der Weltanschauung und ohne Unterschied der sozialen Stellung besteht ein gutes Zusammenarbeiten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, wie man es vorbildlicher nicht finden kann. Ich möchte meine Schlussbemerkungen zusammenfassen in einem heißen Wunsch, daß die Menschen, die hier als Ärzte, Schwestern, als Hilfspersonal mittätig sein müssen, in diese Anlage hereinbringen, insofern es vorhanden ist, erhalten mögen das, was dem ganzen Werk Kraft verleiht: Kameradschaft und Korpsgeist!

Vergeffen wir aber eines nicht: Letzten Endes sind es Steuermittel, die hier verwendet sind, aufgebracht in Form von Beiträgen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Wirtschaftlichkeit auch einer solchen Anstalt muß mitentscheidend für die Frage sein, ob sie in gesunden Verhältnissen sich befindet und ob man an ihr Freude finden kann. Mein heißer Wunsch ist für alle, die hier Dienst tun, die hier auf diesem Fleck Erde — weit abseits von der großen Meerstraße des Verkehrs — ihr Leben verbringen mit armen Mitmenschen, daß ihnen die Gesundheit so lange wie möglich erhalten werden soll; nur so kann die Anstalt blühen, gedeihen und uns Allen Freude bringen.

Gewerkschaftssekretär **Schulenburg**: Seit ihrem Bestehen haben es die Gewerkschaften als eine ihrer vornehmsten Pflichten erachtet, in der Sozialversicherungsangelegenheit mitzuwirken. Es gab manche Stunde, wo entweder die Arbeit-

geber oder irgend eine andere Seite das Stürmische, das Vorwärtstreibende der Vertreter der Gewerkschaften beurteilt haben, aber diese hatten es sich zur obersten Aufgabe gemacht, dem Seilungsprozess der lungentranken Bevölkerung die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Es ist ja in erster Linie die Arbeiterklasse, die von dieser Seuche heimgesucht wird. Deshalb liegt es auch nahe, daß ihre Vertreter alles daran setzen, um bei jeder in Betracht kommenden Gelegenheit gemeinsam an der Bekämpfung zu arbeiten. Was uns gemeinsam hier zusammenschließt, ist die Aufgabe, unser Volk und Vaterland nicht bloß vollständig gesund zu machen, sondern dieses von uns geliebte Volk in der Gesundheit zu erhalten.

Landtagsabgeordneter **Geurich** gratuliert der Bauleitung für die glückliche Ausgestaltung dieser Heilanstalt. Ohne solche Anstalten können wir in Deutschland nicht mehr auskommen. Besonders erfreulich ist es, daß die Landesversicherungsanstalt Baden mit ihren Leistungen an der Spitze der deutschen Landesversicherungsanstalten steht. Nicht nur weiter entwickelt muß die Sozialgesetzgebung werden, auch die Quellen der Krankheitserregung müssen Gegenstand unserer Fürsorge bilden. Es wäre auf die Dauer wertlos, wenn wir nur oben aufbauen wollten und die Keimzellen der Krankheit nicht angreifen würden. Gemeinschaftsarbeit auf dem Sozialgebiet bedeutet einen Schritt vorwärts auf das Gebiet der Menschheitsgemeinschaft.

Krankenkassenleiter **Siegelmaier**: Wenn ich die Reichsversicherungsordnung als eine Familiengemeinschaft ansehe und die drei Versicherungsträger als die drei Schwesternverbrüder betrachte, so hat dies schließlich neben geschichtlichem Wert auch einen tatsächlichen. Es ist denkbar, daß wir nicht immer friedlich miteinander reden, und daß die drei Geschwister: Unfallversicherung, Invalidenversicherung und Krankenversicherung miteinander im Streit liegen und diesen häuslichen Streit mitunter sehr scharf gegeneinander auskämpfen. Aber wenn es gilt, ein gemeinsames Ziel zu erreichen und wenn es gilt, die Ideen zu verfolgen, dann halten wir als Familie zusammen und suchen etwas Ganzes zu erreichen. In diesem Sinne begrüße ich die Landesversicherungsanstalt zu diesem Werk, das sie geschaffen hat und heute eingeweiht wurde.

Dr. **Harms** (Mannheim): Es ist mir ein Bedürfnis, auch als Arzt hier meine Freude zum Ausdruck zu bringen, und zwar im Namen der Ärzteschaft Badens, zu diesem gutgelungenen Meisterwerk. Man weiß nicht recht, ob die Tuberkulose in der Abnahme begriffen ist oder nicht. Es ist ein Problem für den Laien und für den Arzt. Ich bin nun 15 Jahre Fürsorgearzt im Tuberkulosekrankenhaus Mannheim. Wir haben schon Sterblichkeitsziffern in der Krankheit der Tuberkulose bis zu 500 gehabt jährlich, im letzten Jahre hatten wir 211, das ist ein Fortschritt. Ich muß in aller Öffentlichkeit feststellen, daß die Tuberkuloseerkrankungen hier in Baden die vorbildlichsten sind von ganz Deutschland. Wir haben keine geschlossenen Kurven von nur 13 Wochen, sondern die Kranken bleiben, solange der Arzt dies für notwendig erachtet. In Mannheim wird jeder behandelt, ob er Geld hat oder nicht. In einem Zeitraum von 1/2 Jahr sind in Mannheim 88 Personen an Tuberkulose gestorben und 69 an Krebs. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß die nächste Gefahr, und zwar die größte, der Krebs zu sein scheint. Das Krebsleiden ist noch ein viel entsetzlicheres Leiden als die Tuberkulose, es ist auch chronisch und bringt die Familie an den Bettelstab. Wir sollten in Erwägungen darüber eintreten, ob wir in Baden auch derartige Fürsorgestellen für Krebskranke schaffen können.

Korreferent **Jell** (Nordrach): Ich habe an den Herrn Präsidenten ein Wort des herzlichen Dankes zu richten, daß er auch in einem Punkte mit seinem Wohlwollen nicht gespart hat. Ich meine die Kapelle von Nordrach. Sie war vor ihrer Instandsetzung in einem übeln Zustande. Sie haben dieser Kapelle nun durch die Mittel, die Sie unaufgefordert zur Verfügung gestellt haben, wieder ein neues Aussehen gegeben, so daß sie sich neben der großen und stattlichen Heilstätte wieder in Ehren sehen lassen kann. Ich werde mich bemühen, die mir aus allen Landesteilen zugeführten Kinder und leidenden Frauen mit meiner seelsorgerischen Hilfe zu betreuen.

Der **Bürgermeister von Nordrach**: Sie haben hier ein schönes Haus erstellt und haben das namentlich für die Kranken, die in den Städten wohnen, getan. Darum soll auch dieses Haus heißen: Heil der Kranken! Wir haben gehört, daß die Gemeinde Nordrach im Jahre 1927 der Gemeinde Nordrach-Kolonie einberufen werden soll. Wir werden dann die Landesversicherungsanstalt unterstützen, soweit es in unseren Kräften steht.

Hiermit war die Rednerreihe erschöpft. Die Feier und das Gesehene und Gehörte haben einestheils die Aufgaben des Staates auf dem Gebiete des Schutzes der Gesundheit und der Arbeitskraft wieder einmal klar umrissen, auf der anderen Seite aber auch Mittel und Wege gezeigt, wie und mit welchen Mitteln Abhilfe geschaffen werden kann. Insofern war der Tag von Nordrach ein Tag der Mahnung und der Befriedigung zugleich!

Auf die Angaben der hübsch ausgestatteten und hübsch hergestellten Deutschfrist über die Lungenheilstätte Nordrach-Kolonie, welche allen Anwesenden überreicht wurde, kommen wir gelegentlich zurück.

26prozentige französische Reparationsabgabe

Die Reichs Nachrichtenstelle des Auswärtigen Amtes für Außenhandel, Mannheim, 1. 12. teilt uns folgendes mit: Die französische Regierung hat durch eine Mitteilung an die deutsche Botschaft in Paris bestätigt, daß die bisherige Gebührensfreiheit für die konsularische Beglaubigung der Fakturen, die den Sendungen nach Frankreich zwecks Erhebung der 26prozentigen Reparationsabgabe beizufügen sind, durch die am 5. November 1926 getroffene Vereinbarung über die Gebühren für Ursprungszeugnisse und Konsulatsfakturen nicht aufgehoben worden ist. Die französischen Konsulate in Deutschland sind mit Anweisung versehen, derartige Fakturen nach wie vor gebührenfrei zu beglaubigen.

Drohender Lohnkampf in der Metallindustrie

D. 3. Mannheim, 16. Jan. Die Funktionärerversammlung der Mannheimer Metallarbeiter hat die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes beauftragt, das Lohnabkommen für die Mannheimer Metallindustrie zu kündigen. Es wird eine Lohnhöhung von 15 bzw. 20 Proz. gefordert.

Vom Tabakbau

D. 3. Weinheim, 15. Jan. In Odenheim fand eine von der Badischen Landwirtschaftskammer einberufene **Tabakpflanzerversammlung** des Pfalzgaues statt, die von über 600 Pflanzern der Landratsämter Mannheim, Weinheim und Heidelberg besucht war. Abteilungsleiter **Oberlandwirtschaftsrat Weisner-Karlshöhe**, erstattete ein größeres Referat über „Wege und Ziele der Tabakbauförderung“. Sämtliche Dispositionen werden vertreten mit dem Referenten den Standpunkt der Qualitätsverbesserung, die ja heute in der Landwirtschaft mehr denn je gepflegt werden müsse.

Die Regierungsbildung im Reich

Dr. Marx beauftragt

Der Reichspräsident hat am Samstagabend Reichsminister Dr. Marx gebeten, die Bildung einer Regierung der Mitte zu versuchen. Ein eigentlicher Auftrag zur Regierungsbildung wurde damit nicht gegeben; Dr. Marx soll vielmehr Gelegenheit haben, alle Lösungsmöglichkeiten zu probieren. Amtlich wurde gemeldet:

„Der Herr Reichspräsident empfing Samstagabend den geschäftsführenden Reichsminister Dr. Marx und erteilte ihm den Auftrag, auf Grund des Beschlusses der Zentrumsfraktion vom Freitag durch Verhandlungen mit den in Frage kommenden Fraktionen des Reichstages die parlamentarische Lage und die Möglichkeiten einer Regierungsbildung weiter zu klären.“

Sonntagabend teilte, nachdem der Fraktionsvorstand der Zentrumsfraktion eine Sitzung abgehalten hatte, Dr. Marx dem Herrn Reichspräsidenten mit, daß er den Auftrag annehme. Reichsminister Marx wird demgemäß heute, Montag, mit den Parteiführern wegen der Möglichkeit der Bildung einer Regierung der Mitte verhandeln. Zunächst soll heute mit der Deutschen Volkspartei darüber verhandelt werden, ob die Deutsche Volkspartei die Voraussetzungen erfüllen will, die durch eine Unterstützung durch die Sozialdemokraten in Frage kommen. Der Fraktionsvorstand der Deutschen Volkspartei wird heute mittag eine Sitzung abhalten, und es steht zu erwarten, daß in dieser Sitzung die Entscheidung darüber fallen wird, ob die Deutsche Volkspartei sich an ein Kabinett der Mitte mit Anlehnung an die Sozialdemokraten oder unter Einbeziehung der Sozialdemokraten zu beteiligen beabsichtigt. Erst nach dieser Entscheidung will Dr. Marx mit den anderen Parteien der Mitte sowie mit den Sozialdemokraten und Deutschnationalen in Verhandlungen eintreten. Die Fraktionsführung der Deutschen Volkspartei findet erst am Mittwoch statt, desgleichen die Fraktionsführer aller anderen Parteien, so daß wenn überhaupt Dr. Marx die Kabinettsbildung gelingt, eine **Entscheidung frühestens Ende der Woche** zu erwarten sein dürfte.

Unbeschadet des Ausgangs der Kabinettsbildung wird der Reichstag am Mittwoch nachmittag 3 Uhr zusammentreten und sich zunächst mit kleineren Vorlagen beschäftigen, die das Vorhandensein einer regierungsfähigen Koalition nicht unbedingt erfordern. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung stehen die Beratungen eines Gesetzesentwurfes über die Regelung des Arbeiterverkehrs an der Deutsch-läarländischen Grenze und über eine Reichswohnungsabgabe.

Die Haltung der Deutschen Volkspartei

Der Berliner „Montag“ schreibt, er habe aus volksparteilichen Kreisen, daß die **Deutsche Volkspartei** es nicht ablehnen werde, in ein Kabinett unter der Leitung von Dr. Marx einzutreten, falls die Pläne von Dr. Marx in ihrer Gesamtrichtung den Wünschen der Volkspartei entsprächen, die auf eine große bürgerliche Koalition der Mitte unter Anlehnung nach rechts abzielen. Nach den bisherigen Besprechungen aber dürfte ein solches Kabinett der Mitte mit Anlehnung nach rechts am dem Widerspruch der Deutschnationalen scheitern, die eine feste Bindung wollen. Diese wäre der Deutschen Volkspartei mindestens ebenso angenehm, oder noch lieber, als die bloße wohlwollende Duldung.

In der Berliner „Montagspost“ heißt es: Für die Bildung einer Regierung der Mitte gibt es drei Möglichkeiten: 1. Eine reine Mitte, d. h. eine Minderheitsregierung von der Deutschen Volkspartei bis zu den Demokraten, ohne Bindung gegenüber der Opposition, 2. Die Regierung der Mitte mit loser Verbindung mit der Linken, 3. Die Regierung der Mitte in loser Verbindung mit der Rechten. Auch dieses Blatt teilt mit, daß die Deutsche Volkspartei die Regierung der Mitte in loser Verbindung mit der Rechten empfehlen werde.

Die „Germania“ schreibt, Marx' Versuche dürften zunächst darauf gerichtet sein, die Zusammenarbeit der Koalition der Mitte von neuem zu sichern und sodann für diese Koalition die nötige parlamentarische Unterstützung durch eine Flügelpartei zu gewinnen. Die Hauptschwierigkeit liegt in dem gespannten Verhältnis zwischen der Deutschen Volkspartei und den Sozialdemokraten. Das Blatt erörtert dann die außenpolitischen Momente, die für die Regierung der Mitte sprechen, und betont, als bemerkenswertes Ereignis sei das streng verfassungsmäßige Vorgehen des Reichspräsidenten zu bezeichnen. Alle Meldungen über Artikel 48 haben sich als Enten erwiesen.

Die „Tägliche Rundschau“ äußert zu der Frage der Unterstützung der Regierung der Mitte durch die Sozialdemokraten, wenn auch Zentrum und Demokraten bereit sein sollten, Zugeständnisse zu machen, so würden doch Deutsche Volkspartei und Bayerische Volkspartei diesen Schritt unter keinen Umständen mitgeben. Deshalb werde die Sehnsucht nach einem linksorientierten Kabinett der Mitte wohl ungestillt bleiben. Das Blatt hält nach wie vor das Kabinett der Mitte unter Anlehnung nach rechts für die einzige anzunehmende Möglichkeit.

Für den Fall eines Scheiterns der Mission Marx steht die „D. A. Z.“ für das Zentrum eine neue Lage, aus der es nur einen Ausweg gebe, nämlich **Verhandlungen mit den Deutschnationalen**, da auch eine Auflösung des Reichstages in allen politischen Kreisen als Unmöglichkeit betrachtet werde.

D. 3. Berlin, 17. Jan. (Tel.) Im Reichstag trat heute vormittag gegen 11 Uhr der Vorstand der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei in Gegenwart des Parteiführers Dr. Stresemann zu einer Sitzung zusammen, um über die Möglichkeit der vom Reichsminister Dr. Marx zunächst in Aussicht genommenen Regierung der Mitte unter Anlehnung nach links zu beraten.

Wie das Nachrichtenbüro des D. 3. hört, beabsichtigt Reichsminister Dr. Marx, später den Vorsitzenden der Fraktion Dr. Scholz, zu empfangen, um sich von ihm über die Haltung der Deutschen Volkspartei unterrichten zu lassen. Weiter sind für heute Besprechungen des Reichsministers mit dem Parteiführer der Demokraten, Dr. Koch, und dem Führer der Sozialdemokraten, Müller-Franke, in Aussicht genommen.

Eine Rede Stegerwalbs

In einer Rede in Köln betonte am Sonntag Stegerwalb, die Sozialdemokratie müsse im Reich endlich mit Verantwortung belastet werden. Das Zentrum werde sich nur einer Koalition anschließen, in welcher es die Möglichkeit habe, die Reichsregierung zu bestimmen.

COLOSSEUM

Tägl. abends 8 Uhr, Sonntags 4 u. 8 Uhr
Die große Revue

Das Champagnergirl

mit den reizenden Liliputanern 51

Internationaler Kongress der demokratischen Parteien in Karlsruhe

Unter dem Vorsitz des geschäftsführenden Präsidialmitgliedes des Verbandes für europäische Verständigung, Wilhelm Seile (Berlin) wurde Samstag nachmittag im Landtagsitzungsraum der zweite Kongress der Internationalen Vereinigung der demokratischen Parteien eröffnet, zu dem sich etwa 60 Teilnehmer aus dem In- und Auslande eingefunden haben. Aus Deutschland nahmen u. a. teil die Reichstagsabgeordneten Dr. Koch, Erkelenz, Febr. von Nitzhofen, Gertrud Bäumer, Frau Dr. Lüders, Dr. Ludwig Haas und Dr. Bergsträßer, ferner der Leipziger Universitätsprofessor und Reichstagsabgeordnete Dr. Ohly, General a. D. von Deimling, mehrere Mitglieder der badischen Landtagsfraktion und der Berliner Industrielle Leo Simon. Außerdem nehmen an den Verhandlungen teil: der badische Unterrichtsminister Leers, der hessische Finanzminister Gerlach und der frühere württembergische Finanzminister Dr. Schall. Reichsinnenminister Dr. Killy war im letzten Augenblick am Erscheinen verhindert. Neben Deutschland sind folgende Staaten vertreten: Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Holland, Polen, die Schweiz, die Türkei und Schweden. Unter den ausländischen Delegierten sind zu nennen: Der Däne Berendson, die französische Abgeordnete und ehemalige Ministerin Verthé und Borel, die Abgeordnete und ehemalige Ministerin Verthé beim Völkerbund ist), Bibie und Chabenn, sowie der ehemalige Kabinettschef im Ministerium des Äußeren, Kahler und der Generalsekretär der Internationalen Vereinigung Weisser. Die Schweiz ist inoffiziell durch Dr. Steinmann, Zentralsekretär der freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz in Bern, vertreten, die Türkei ebenfalls inoffiziell durch den Generalsekretär der Ottomanischen Volkspartei Saferi Bey.

Die Eröffnungssitzung

Der deutsche Vizepräsident Seile hieß die Kongreßteilnehmer im Namen der demokratischen Entente herzlich willkommen und gab dem lebhaften Bedauern Ausdruck, daß der Präsident, Ferdinand Boisson, wegen seines hohen Alters am Erscheinen verhindert sei. Die Versammlung stimmte unter starkem Beifall dem Vorschlag zu, Herrn Boisson telegraphischen Gruß zu entrichten und ihm den Beschluß des geschäftsführenden Komitees mitzuteilen, der seine Ernennung zum Ehrenpräsidenten der Internationalen Vereinigung ausspricht. Die Ansprache des Vorsitzenden wurde sofort ins Französische übersetzt, was auch mit den folgenden Reden und Referaten geschah. Herr Seile dankte dann dem Landtagspräsidenten für die Überlassung des Sitzungsraumes. Er erblühte darin einen Beweis, daß der Geist begnügt wird, in dem die Internationale Vereinigung arbeite. — Der Präsident entbot schließlich herzlichen Gruß dem badischen Staatspräsidenten Dr. Köhler, der sein Erscheinen im Verlaufe der Tagung zugesagt hat. Er begrüßte ferner den Vertreter der Stadtverwaltung, Bürgermeister Kleinschmidt, und fuhr fort: Es gereicht uns zur besonderen Ehre, daß die zweite Tagung der Internationalen Vereinigung auf deutschem Boden stattfindet, und wir freuen uns, daß aus fast allen Ländern Europas Delegierte hierher gekommen sind. Der Redner schilderte die Schwierigkeiten, die dem Zustandekommen der Vereinigung entgegenstanden. Mögen diese Verhandlungen einen weiteren Schritt vorwärts bedeuten und die Tagung ein Vorbild für demokratischen Gedankens und des Gedankens der Zusammenarbeit der Völker sein (lebhafter Beifall).

Darauf sprach der französische Abgeordnete und frühere Minister Verthé, dessen Rede alsbald ins Deutsche übertragen wurde. Redner dankte zunächst allen, die den Kongreß vorbereitet haben und fuhr fort: Wir sind glücklich, in Deutschland zusammenzukommen, und sehen darin einen sehr wichtigen Schritt der Realisation der Ziele der demokratischen Entente. Wir befinden uns in einer neuen Republik und hoffen, daß das Zusammensein der fremden Politiker mit dem deutschen Volke nützlich, daß es der demokratischen und republikanischen Bestimmung der Deutschen förderlich sein könnte. Der Redner bemerkte, daß die Arbeit der demokratischen Parteien in allen Ländern eine schwierige sei und sagt: Die demokratischen Parteien sind im Grunde tief national. Unsere Ansicht ist aber, daß wir unsere nationalen Ziele besser fördern, indem wir überhaupt den Frieden und die Menschlichkeit in der Welt fördern. In diesem Sinne wollen wir mit den demokratischen Parteien der anderen Länder zusammenarbeiten (lebhafter Beifall).

Bürgermeister Dr. Kleinschmidt (Karlsruhe) übermittelte die Grüße der Stadt Karlsruhe und wünschte der Tagung den besten Verlauf. Mögen die Teilnehmer einen freundlichen Eindruck von Karlsruhe mitnehmen.

Der Präsident gab noch Begrüßungsgramme des in Wien weilenden Reichstagsabgeordneten Dietrich und der bulgarischen Gruppe bekannt, worauf in die Tagesordnung eingetreten wurde.

Den ersten Punkt bildete das Thema

Demokratische Organisation des Volksschulunterrichts und gegenwärtiger Stand dieses Unterrichts

Sauphberichterstattung war

der französische Abgeordnete und frühere Minister Verthé, der ausführte, das französische Schulwesen, das die Kinder von 6-13 Jahren umfaßt, beruhe auf drei Grundlagen des obligatorischen Schulbesuchs, der Unentgeltlichkeit des Unterrichts und des Prinzips der Laienschule, d. h. der Weltlichkeit und Staatlichkeit, womit sie in keinem Gegensatz zur Religion treten wolle. Ein Tag der Woche werde für die religiöse Unterweisung der Kinder freigegeben. In der Schule als Stätte des Bildens und der Gemeinschaft der Nation solle das Kennende keine Rolle spielen. Der Schulzwang konnte bisher nicht in vollem Umfang durchgeführt werden, und daher komme der große Prozentsatz der Analphabeten. Mit diesen Schulgrundfragen gingen alle demokratischen Parteien einig. Daneben bleibe die Freiheit des Privat-Schulwesens bestehen. Man wolle nun den Schulbesuch durch Stipendien an unbemittelte Eltern heben. Zur Zeit sei man in Frankreich mit dem Problem der Erweiterung der mit der Schule verbundenen Wohlfahrteinrichtungen und der Anpassung des Schulwesens an die Praxis beschäftigt.

Der Redner beschäftigte sich weiter mit dem Fortbildungsschulwesen, das in Frankreich etwas relativ Neues darstellt. Die Mittel für die Fortbildung werden durch eine Lehrlingssteuer von 20 Prozent an die an die Lehrlinge gezahlten Löhne aufgebracht. Unterricht und Lehre gehen nebeneinander her. Auch mit dem landw. Schulwesen ist ein guter Anfang gemacht. Die demokratischen Parteien wollen eine Systematisierung und Ausbau der Fachschule, die auch das flache Land erfassen und besonders Rücksicht auf die staatsbürgerliche Erziehung nehmen soll. Der Referent äußerte sich des Weiteren über den Begriff der Einheitschule. Er denkt dabei an die Gleichheit aller Kinder hinsichtlich des Rechts auf Erziehung und die Auftriebsmöglichkeit der Begabten. Wenden müsse man sich gegen eine Übermaß von Spezialisierung. Bei ihrer Vielgestaltigkeit will der Redner alle Zweige des Schulwesens

von einem gemeinsamen Geist durchzogen wissen. Er verwies auf Beschlüsse einer vom französischen Unterrichtsministerium eingesetzten Kommission und schlug zum Schluß die Annahme einer Entschließung vor, die die Forderungen der demokratischen Schulpolitik umschreibt:

1. Für die Volksschule den Schulzwang, 2. die obligatorische Fortbildungsschule für das Alter von 14-18 Jahren, 3. die Einheitschule und damit die Einheit der Bildung auf Grund des gleichen Rechtes aller Kinder auf eine Erziehung, die ihren Fähigkeiten und Neigungen entspricht, also eine bevorzugte Stellung der Vermögenden ausschließt.

Der badische Landtagsabgeordnete Hoffmeier verbreitete sich alsdann über die Entwicklung und Grundlagen des deutschen Schulwesens. Er stellte einleitend fest, daß die demokratische Kulturpolitik, wenn sie generell akzeptiert werde, sich immer in bestimmter Tendenz entwickeln und in bestimmter Zielstellung endigen müsse. In Deutschland sei die Erfassung des deutschen Kulturgutes als ein einheitliches, gemeinsames, geistiges Vermögen des Volksganges nur in sehr langsamem Tempo vor sich gegangen. Als besonderes Merkmal der deutschen Schulgesetzgebung bezeichnet der Redner den Schulzwang, woraus die neue Reichsverfassung folgere, daß auch den sozialen Verhältnissen der Kinder Rechnung getragen werden soll. Schulgeld wird nirgends mehr erhoben. Eine demokratische Forderung gehe dahin, daß auch die Lehrmittelfreiheit in eine Maßvorschrift verwandelt wird. Der Redner vertrat die Idee der nationalen Einheitschule im Wege der in der Verfassung verankerten Grundschule. Wie die Demokratie von jeder den Staatsabsolutismus abgelehnt hat, so lehne sie sich gegen die Vorherrschaft der Kirche in Schulfragen. Sie halte an der Staatsautonomie der Schule fest. Als die schönste Aufgabe nationaler Bildungspolitik und demokratischer Zukunftsaufgabe bezeichnet der Redner zum Schluß unter Hinweis auf Art. 148 der Reichsverfassung die Erziehung der Jugend im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerverbündung (lebhafter Beifall).

Der Vorsitzende dankte den beiden Referenten, wie auch Fraulein Gertrud Bäumer und Herrn Berendson für ihre vorzüglichen Überlegungen.

Der holländische Abg. Kettelaar regt an, daß auch die Vertreter anderer Nationen einen Bericht erstatten möchten.

Darauf schilderte der Sejmabgeordnete Domböki die Schulverhältnisse in Polen.

Dr. Bergmann-Schweden behandelte den Stand der Volksschulbildung in Skandinavien und konnte dabei auf die zahlreichen dort bestehenden Volkshochschulen hinweisen. Der Redner betonte: Je besser die Volksschule, desto besser dringe die Demokratie in das Volk, während Unwissenheit eines großen Volksteiles die Diktatur fördere.

Nachdem man einer kleinen Kommission die Formulierung einer Entschließung übertragen hatte, wurde die Sitzung um halb 8 Uhr abends geschlossen.

Samstag abend folgten die Kongreßteilnehmer einer Einladung des Reichstagsabgeordneten Dr. Ludwig Haas zu einem

Gesellschaftsabend im Hotel Germania.

Anwesend waren auch die badischen Minister mit dem Staatspräsidenten Dr. Köhler, der Präsident des Landesarbeitsamtes Dr. Engler, Reichstagsabg. Sommer (Str.). Der Abend wurde eingeleitet durch ein sehr beifällig aufgenommenes Konzert, das von den Mitgliedern unserer Oper, Frl. Ganz und Ern. Behrhard bestritten wurde. Im Verlaufe der zwanglosen Unterhaltung hieß der Gastgeber, Reichstagsabg. Dr. L. Haas die Anwesenden herzlich willkommen und führte u. a. aus, Demokratie und Nationalgefühl seien aufs engste miteinander verbunden. Weil wir das Vaterland lieben und ihm eine glückliche Zukunft wünschen, gerade deshalb halten wir es für notwendig, uns über die Grenzen hinaus die Hände zu reichen und zu erwägen, ob wir nicht die Wunden des Krieges leichter heilen können, wenn wir den Geist des Friedens vertiefen und ehlich und aufrichtig zusammenarbeiten. — Der Däne Berendson unterstrich diese programmatischen Darlegungen und toastete auf Dr. Haas als den Organisator des Kongresses.

Bei den am Sonntag vormittag wiederaufgenommenen Verhandlungen führte der Holländer Kettelaar den Vorsitz. Der türkische Delegierte Saferi Bey befandete zunächst die Sympathie der Ottomanischen Volkspartei mit den Bestrebungen der Internat. Vereinigung. Er sei beauftragt worden sich auf dieser Tagung zu informieren. Der Redner äußerte sich alsdann über die heutigen verfassungsrechtlichen Zustände in der Türkei.

Darauf wandte sich der Kongreß dem wichtigsten Punkte der Tagesordnung zu:

Die moralische Abrüstung

Darüber sprach als erster Redner der Führer der deutschen demokratischen Reichstagsfraktion.

Dr. Koch.

Er sagte u. a.: Die Einsicht vom Widersinn des Krieges dürfe nicht mehr gestört werden durch eine altmodische Diplomatie. Das Gefühl der inneren Zusammengehörigkeit Europas sei erwacht. Dieses Zusammengehörigkeitsgefühl und die gemeinsame Kulturmission müßten das europäische Schicksal bestimmen. In den europäischen Fragen spiele das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich eine besondere Rolle. Die Frage der europäischen Zusammenarbeit und des Friedens hänge tatsächlich ab von dem Verhältnis dieser beiden Länder. Müße es denn ewige Feindschaft zwischen Deutschland und Frankreich geben? Dieses Problem wird und muß gelöst werden, wenn sich beide Teile ehlich gegenüberstellen; wenn wir erklären, wir wollen keine Revanche und wenn von französischer Seite erklärt wird, wir wollen unsere Grenzen nicht über die Rheinlande und den deutschen Rhein erweitern. Der Redner erinnerte dann an die Zwischenfälle im besetzten Gebiet, mit denen immer zu rechnen sei, solange die militärische Besetzung andauere. In den Franzosen gemindert, fuhr er fort: Soldat statt 60 000 Offiziere und Soldaten 60 000 Studenten nach Deutschland! Diese werden Eroberungen machen, die festerer und dauerhafterer Natur sind. Wie können wir dazu beitragen, daß die Völker sich verstehen? Ausichtslos ist eine Verständigung zwischen Männern, deren Gedankengang in einem Weltbürgertum gipfelt. Nur wenn sich Männer finden, die vom Interesse des eigenen Volkes ausgehen, denen Leben und Freiheit ihres Volkes höchstes Gut ist, wird der Versuch der Verständigung fruchtbar sein. Leben und Freiheit der Völker werden am besten gesichert sein, wenn sie gemeinsam an die Arbeit gehen, um gesunde Grundlagen für den Frieden zu schaffen. Der Redner bekämpfte einen falschen Pazifismus ebenso wie er den Nationalismus und den Rassismus verurteilte. Die Überheblichkeit des einen Landes über das andere müsse aufhören, das gegenseitige Mißtrauen verschwinden. Der Redner erörterte dann die Mittel und Wege, die zur Völkerverbündung führen werden, wobei er auf die Möglichkeiten in der Literatur und Kunst, in der Presse und Schule usw. hinwies. In dieser Beziehung seien der französische Minister der Provinz und der preussische Kultusminister Dr. Beder mit beachtenswerten Erlässen hervorgetreten. Der Jugend gehöre die Zukunft, der Presse

aber die Gegenwart. Die nationalistische Presse sei unbeelehrbar und zu bekämpfen. Die unparteiische Presse möge nicht in sensationeller Aufmachung über die Leute aus dem anderen Lande berichten, die am lautesten schreien, sondern auch die maßvollen Redner gebührend zu Worte kommen lassen, um so die Überzeugung von der Wahrheit zu stärken. Der Redner fuhr fort, die katholische Kirche habe im Sinne der Völkerverbündung gearbeitet und auch in der protestantischen Kirche seien gute Fortschritte in dieser Richtung zu verzeichnen. Was die Kriegsschuldfrage anlangt, so wünschten auch die Demokraten ihre Lösung. Das Wichtigste sei aber zunächst die Einigung über die Zukunftsaufgabe. Der Redner schloß: Wir werden zusammenkommen. Die demokratischen Parteien wollen die Elite der Kämpfer für die Völkerverbündung sein.

Den Ausführungen Dr. Kochs folgte lebhafter Beifall. — Gegen 11 Uhr trat eine Mittagspause ein.

In der Nachmittagsitzung wurde das Thema „Die moralische Abrüstung“ von dem

französischen Literaturprofessor Bouglé

behandelt. Er freut sich, zu den gleichen Ideen zu stehen wie Dr. Koch, und hofft, daß gerade um des vergessenen Blutes willen die Gemeinschaft der Ideen die Nationen zusammenführen wird, zwischen denen heute noch eine Mauer von Papier bestehe. Der Referent kam damit auf das Thema Presse zu sprechen. Die Technik der Nachrichtenvermittlung sei so auszugestaltet, daß Entstellungen und Unmährheiten kontrolliert werden könnten. Wichtiger noch scheine die Erziehung des Publikums zu einem gewissen Kritizismus gegenüber der Presse. Die Solidarität der europäischen Nationen sei in der Tat vorhanden. Der Redner schilderte schließlich die von Frankreich ausgehenden, trotz mancher Schwierigkeiten bereits erfolgreichen Bestrebungen zur gegenseitigen Zusammenarbeit der Völker.

In der Diskussion beteiligte sich zunächst General a. D. von Deimling. Er sieht im Kriege das verheerendste Mittel, um Völkerkonflikte zu lösen. Die Schreden der modernen Kriegsführung mit Fliegerangriffen und Giftgasen seien nicht auszudenken. Ohne materielle Abrüstung könne von einer moralischen Abrüstung keine Rede sein. Man möge überall zu keinen Berufsbeeren ähnlich der Reichswehr übergehen, die zusammengefaßt eine mächtige Exekutivarmee in der Hand des Völkerbundes darstellen würden. Frankreich möge seine Befähigung vom Rheine wegnehmen, um die Bahn für die moralische Abrüstung frei zu machen.

Der holländische Delegierte Jorles meinte, die Verständigung könne nicht auf Europa beschränkt bleiben. Man dürfe die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge nicht vergessen.

Heinrich Graf von Kagened-Berlin hielt in der deutsch-französischen Union eine geschichtliche Notwendigkeit.

Der polnische Sejmabg. Domböki erklärte sein volles Einverständnis mit den Darlegungen der Referenten.

Badischer Unterrichtsminister Leers

richtete an die Versammlung kurze Begrüßungsworte und erklärte, er stimme den Zielen der Vereinigung um so lieber zu, als er im Lande Baden in einer alten ehelichen Demokratie lebe. Er freute sich über die Betonung der Wichtigkeit der Pflege von Kunst und Wissenschaft für die friedlichen Beziehungen der Völker. Aber keine Gleichmacherei, sondern Wahrung der Eigenart jedes Landes! Die wissenschaftliche Betätigung müsse zudem allen Bevölkerungsteilen offen stehen. Durch die Verbreitung der Wissenschaft werde die beste Grundlage für die Propaganda des Friedens geschaffen. Der Schwede Dr. Ohngren ist überzeugt, daß viel von einem freundlichen Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich abhängt. Ohne dieses habe Europa nichts zu hoffen. Der Sprecher freut sich, daß die hier vertretenen Parteien Deutschlands und Frankreichs von dem besten Willen durchdrungen seien, Mittel zu finden, um den Frieden in Europa zu befestigen.

Reichstagsabg. Dr. Koch betonte im Schlußwort, daß man auf dem Wege zur Universalität das Europäertum als Etappe nicht entbehren könne. Er stellte ein befriedigendes Ergebnis der Aussprache fest und gab dem Wunsch Ausdruck, daß Presse und Öffentlichkeit die Gedanken der Völkerverbündung in sich aufnehmen und weitertragen möchte. Die Internationale Vereinigung hoffe, im Dienste an Deutschland, Europa und der Menschheit wieder ein großes Stück vorwärtsgekommen zu sein (lebhafter Beifall).

Alsdann stimmte die Versammlung einmütig einer von Borel-Frankreich vorgelegten

Entschließung

zu des Inhalts: Mit Freuden wird festgestellt, daß unter dem Einfluß der demokratischen Idee der Geist des Friedens im öffentlichen Unterricht sich fortentwickelt. Für besonders wichtig hält der Kongreß den Beschluß der Lehrerschaft, namentlich der deutschen und französischen, gemeinsam an der Säuberung der Geschichtsbücher mitzuarbeiten. Schließlich wird nachdrücklich der Grundsat von der Internationalität der Wissenschaft unterstrichen.

Am 16 Uhr wurden die Verhandlungen auf Montag vormittag 10 Uhr vertagt.

Sonntag abend wohnten die Kongreßteilnehmer der Vorstellung von Meyerbeers „Eugenoten“ im Landestheater bei.

Aus der Landeshauptstadt

Wahl in den Vorstand der Mannheimer Produktentörse. Der Präsident des Verbandes badischer landwirtschaftlicher Genossenschaften Karlsruhe, Keibel, wurde in den Vorstand der Mannheimer Produktentörse gewählt.

Die Bierpreiserhöhung. Die Verhandlungen zwischen dem Mittelbadischen Brauerverband und den Bierorganisationsen haben dazu geführt, daß der Ausschankpreis für Bier wie folgt festgesetzt worden ist: Für 0,3 Liter Lagerbier 17 Pfennig, für 0,3 Liter Exportbier 22 Pf. In den Orten, in denen eine Getränkesteuer von der Gemeinde erhoben wird (also auch Karlsruhe) beträgt der Ausschankpreis 18 Pf. bzw. 23 Pf. Hierzu kommt in Karlsruhe noch der Zuschlag für die Bedienung. Flaschenbier kostet ab Montag die Flasche Lagerbier (0,7 Liter) 40 Pf., Exportbier 47 Pf.

Winternachrichtendienst der Bad. Landesweiterwerke Karlsruhe. Die von England anrückende Kaltluftwelle bedingte gestern 1-2 Grad Abkühlung gegen den Vortag. Das seit einiger Zeit über den Nordseeländern lagernde Tiefdruckgebiet wird durch Zufluß kalter Luft aus dem sehr stabilen Nordland-Hoch aufgefüllt und zerfällt in Teilwirbel, während seine Temperatur mangels neuer Wärmezufuhr aus Westen in stetem Sinken begriffen ist. Die Ausbildung eines über dem Festland liegenden nord-südlichen Druckgefälles steht in Vorbereitung und damit für die nächste Zeit eine Periode wintertlicher Bitterung. Voraussichtliche Bitterung für 18. Januar: Zunächst noch wechselnd wolkig mit leichten östlichen Strahlungsfröhen. Auch in tieferen Lagen bei schwacher Luftbewegung später Einsetzen nordöstlicher Kälteeinflüsse mit Schneefällen.

Badisches Landesheater. Am Dienstag, den 18. Januar geht Puccinis vollstündigste Oper „Die Bohème“ unter musikalischer Leitung von Alfons Kischner zum drittenmal in dieser Spielzeit in Szene. In dieser Vorstellung singt Wilhelm Reintwig die Partie des „Rudolf“. Die übrige Besetzung ist die der ersten Aufführung. Der Oper in drei Akten „Der Trobadour“ gelangt am Donnerstag, den 20. Januar in vollständiger Neueinstudierung zur Aufführung. Die musikalische Leitung liegt in Händen von Alfons Kischner. Am Freitag, den 21. Januar kommt die erfolgreiche Oper „Tosca“ von Puccini zur dritten Wiederholung. Musikalische Leitung: Josef Krips. Am Sonntag, den 23. Januar finden wieder zwei Vorstellungen im Landesheater statt. Nachmittags 3 Uhr geht Kienzels musikalisches Schauspiel „Der Evangelist“ in der Neueinstudierung der letzten Spielzeit als 8. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige in Szene und zwar anlässlich des 70. Geburtstages seines Schöpfers (17. Januar). Abends halb 8 Uhr folgt eine Wiederholung von „Puppenfee“ und „Klein Das Blumen“. Die musikalische Leitung beider Vorstellungen liegt in Händen von Dr. Heinz Knoll. Das VI. Sinfonieorchester, das von Professor Franz Schall, Direktor der Wiener Staatsoper, geleitet wird, findet am Montag, den 24. Januar im Landesheater statt. Zur Aufführung gelangen Werke von Nikolai Kopatnikoff und Gustav Mahler. Solisten des Abends: Magda Straß, Robert Buß und Hans Bruch (Mannheim).

Handel und Wirtschaft
Berliner Devisennotierungen

	17. Januar		18. Januar	
	Sch.	Deut.	Sch.	Deut.
Amsterdam 100 G.	168.46	168.88	168.24	168.66
Kopenhagen 100 Kr.	112.26	112.54	112.14	112.42
Paris 100 F.	18.065	18.105	18.30	18.34
London 1 Pf.	20.437	20.489	20.421	20.473
New York 1 D.	4.212	4.222	4.209	4.219
Brüssel 100 Fr.	16.76	16.80	16.735	16.775
Schweden 100 Kr.	81.12	81.32	81.09	81.29
Wien 100 Schilling	59.38	59.52	59.32	59.46
Prag 100 Kr.	12.472	13.512	12.462	12.502

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Die Ausführung des Reichsgesetzes vom 7. Januar 1907 über die Abänderung der Gewerbeordnung.

Als Sachverständiger zur Abgabe von Gutachten über die Zulassung von Baugewerbetreibenden gemäß § 35 Absatz 5 und § 54 Absatz 2 der Gewerbeordnung in der Fassung vom 7. Januar 1907 (Reichsgesetzblatt Seite 3), § 59a Absatz 4 lit. b der Vollzugsverordnung zur Gewerbeordnung in der Fassung vom 10. Mai 1909 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 103) wird für den Bezirk der Handwerkskammer Mannheim an Stelle des verstorbenen Baumeisters Franz Anton Roll in Mannheim Baumeister P. A. Geber in Mannheim ernannt.

Karlsruhe, den 18. Januar 1927.
Der Minister des Innern
Remmele

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Planmäßig angestellt:
als Hausmeister beim Bezirksamt Nastatt der Amtsdiensthilfe i. e. R. Jakob Frank in Ettenheim.

Ministerium des Kultus und Unterrichts
Planmäßig angestellt:
als Handelslehrer (in): Handelschulassessorin Dr. Berta Schneider an der Handelsschule in Achern; ferner die Handelslehrer: Erwin Kadus an der Handelsschule in Baden, Karl Imhof an der Handelsschule in Bruchsal, Dr. Anton Schwendemann an der Handelsschule in Bruchsal, Dr. Franz Vogt an der Handelsschule in Donaueschingen, Eduard Kneis an der Handelsschule in Durlach, Karl Zimmer an der Handelsschule in Emmendingen, Dr. Otto Krauth an der Handelsschule in Eppingen, Karl Fischer an der Handelsschule in Heidelberg, Karl Kieper an der Handelsschule in Heidelberg, Karl Maerker an der Handelsschule in Heidelberg, Dr. Julius Söhl an der Handelsschule in Heidelberg, Otto Müller an der Handelsschule in Heidelberg, Dr. Hermann Nagel an der Handelsschule in Heidelberg, Heinrich Viede an der Handelsschule in Hornberg, Max Gellmann an der Handelsschule in Kehl, Gertrud Feuerstein an der Handelsschule in Kehl, Peter Arnold an der Handelsschule in Kehl, Hans Kägele an der Handelsschule in Lössel, Dr. Wilhelm Bogelsgang an der Handelsschule I in Mannheim, Kurt Brenner an der Handelsschule I in Mannheim, August Schmitt an der Handelsschule I in Mannheim, Dr. Kurt Fontaine an der Handelsschule I in Mannheim, Dr. Heinrich Brandt an der Handelsschule I in Mannheim, Dr. Josef Roth an der Handelsschule I in Mannheim, Hermann Stöber an der Handelsschule I in Mannheim, Wilhelm Greulich an der Handelsschule I in Mannheim, Max Hall an der Handelsschule I in Mannheim, Julius Knecht an der Handelsschule I in Mannheim, Hans Mohrbacher an der Handelsschule II in Mannheim, Dr. Josef Schmidt an der Handelsschule Neustadt i. Schw., Dr. Josef Gamber an der Handelsschule in Oberkirch, Waldemar Zimmermann an der Handelsschule in Offenburg, Wilhelm Ritter an der Handelsschule in Offenburg, Hugo Graul an der Handelsschule in Pforzheim, Wilhelm Karl an der Handelsschule in Pforzheim, Eugen Mauch an der Handelsschule in Pforzheim, Rudolf Zimmermann an der Handelsschule in Pforzheim, Josef Dummel an der Handelsschule in Pforzheim, Hans Burghardt an der Handelsschule in Pforzheim, Modesto Serra Sabater an der Handelsschule in Pforzheim, August Egner an der Handelsschule in Radolfzell, Walter Frey an der Handelsschule in Singen a. S., Alfons Wall an der Handelsschule in Tauberbischofsheim, Edwin Schäfer an der Handelsschule in Waldshut, Dr. Wilhelm Naufsch an der Handelsschule in Wiesloch, Emil Oberfell an der Handelsschule in Sinsheim a. G.

Fachlehrer Heinrich Grebe an der Gewerbeschule in Pforzheim, die Sonderlehrerin Rosa Wader an der Gewerbeschule in Pforzheim als Fachlehrerin dafelbst.
Der außerplanmäßige Pfleger Otto Gerber an der psychiatrischen und Nervenklinik der Universität Freiburg.

Zentral-Handels-Register für Baden.

Heidelberg. 3.586
Handelsregister Abt. A
Vd. VI O.-Z. 84 zur Firma Heidelberg Fabrikanten- u. Brauereiarbeiter-Gesellschaft in Heidelberg; Die Gesellschaft ist aufgelöst und Fabrikant Wilhelm Mahler in Heidelberg nunmehr alleiniger Inhaber der Firma.
O.-Z. 97, Firma Oskar Grimm Drogerie in Heidelberg, Inhaber Oskar Grimm, Dipl.-Kaufmann in Mannheim.

Heidelberg. 3.587
Vd. II O.-Z. 2 zur Firma Süddeutsche Diskontogesellschaft Aktiengesellschaft Filiale Heidelberg in Heidelberg; Dr. h. c. Benno Weil in Mannheim ist nicht mehr Vorstandsmitglied.

Heidelberg. 6. Jan. 1927.
Amtsgericht. B. 2
3.508
Handelsregister. Firma Badische Holzexport Aktiengesellschaft in Kehl. Gegenstand des Unternehmens ist a) der Handel mit Holz aller Art, b) Erwerb anderer gleichartiger oder ähnlicher Unternehmen, Beteiligung an ihnen in jeder zulässigen Form sowie Vereinigung mit Dritten zu solchen Unternehmen. Das Grundkapital beträgt 50 000 M. und ist eingeteilt in 50 Aktien zu je 1000 M. Die Aktien lauten auf den Inhaber und werden zum Nennbetrag ausgegeben. Vorstand ist Franz Moebel, Holzhändler in Strahburg. Der Gesellschaftsvertrag wurde am 19. Dezember 1926 erachtet. Der Vorstand besteht je nach der Bestimmung der Generalversammlung aus einer Person oder aus mehreren Mitgliedern. Die Generalversammlung hat das Recht der Ernennung und Abberufung der Vorstandsmitglieder sowie der Stellvertreter. Besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so wird die Gesellschaft durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Die Berufung der Generalversammlung der Aktionäre erfolgt durch öffentliche Bekanntmachung. Die Bekanntmachung muß mindestens 20 Tage vor dem anberaumten Termin veröffentlicht sein. Bei Berechnung dieser Frist sind der Erscheinungstag des Bekanntmachungs enthaltenden

Blattes und der Tag der Versammlung selbst nicht mitzurechnen. Der Zweck der Generalversammlung soll bei der Berufung der Generalversammlung bekanntgegeben werden. Die öffentlichen Bekanntmachungen erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Die Gründer der Aktiengesellschaft sind Francois Mondel, Holzhändler in Strahburg, Philipp Wolf, Betriebsleiter in Kehl, Richard Wolf, Kaufmann in Kehl, Karl Müll, Metzgermeister in Kehl, und Georg Wollmer, Pflanzbesitzer in Willstadt. Sie haben sämtliche Aktien übernommen. Die Mitgliedschaft des ersten Aufsichtsrats sind: Gustav Wolf, Direktor in Schirmdorf, Fritz Steinagel, Kaufmann in Kehl, und Christian Kaub, Rechtsanwalt in Kehl. Von den mit der Anmeldung der Gesellschaft eingereichten Schriftstücken insbesondere von dem Prüfungsbericht des Vorstands, des Aufsichtsrats und der Revisoren, kann bei uns Einsicht genommen werden, von dem Prüfungsbericht der Revisoren auch bei der Handelskammer in Karlsruhe, 6. Januar 1927. Bad. Amtsgericht.

Konstanz. 3.575
Handelsregister:
A Band III O.-Z. 207: Adolf Veit, Garbinnenfabrikation, Export u. Import in Konstanz. Die Prokura des Kaufmannes Kurt Wunderlich ist erloschen. 30. 12. 26.
A Bd. I O.-Z. 20: Ober-rheinische Kleinindustriestätten Dr. Gradmann in Konstanz. Die Firma ist erloschen. 3. 1. 27.
B Bd. II O.-Z. 36: Süddeutsche Diskontogesellschaft Aktiengesellschaft Filiale Konstanz. Dr. h. c. Benno Weil ist nicht mehr Vorstandsmitglied. 4. 1. 27.
A Bd. III O.-Z. 152: Gebrüder Rothschild in Konstanz. Dem Kaufmann Moritz Nagler in Konstanz ist Prokura erteilt. 6. 1. 27.
B Bd. II O.-Z. 36: Motoren-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dingseldorf. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Vertrieb von Motoren jeder Art, sowie der Handel mit Motoren und zusammenhängenden Artikeln. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 20 000 RM. Der Gesellschaftsvertrag wurde am 27. Dezember 1926 abgeschlossen. Als Ge-

schäftsführer ist Georg Wimmer, Ingenieur in Dingseldorf, bestellt. Die Gesellschaft wird durch einen Geschäftsführer vertreten. 5. 1. 27.
B Bd. I O.-Z. 84: Porzellan-Manufaktur Altkonstanz G. m. b. H. in Konstanz. Die Prokura des Kaufmanns Otto Baer in Konstanz ist erloschen. 10. 1. 27.
A Bd. I O.-Z. 61: Theodor Zwider in Konstanz. Die Prokura des Max Auer in Konstanz ist erloschen. 8. 1. 27.
Badisches Amtsgericht Konstanz I.

Karlsruhe. 3.571
Handelsregister: Firma Vd. B. O.-Z. 81: Firma „Geta“ Aktiengesellschaft für Kakaoherstellung, Zweigniederlassung Oberweier in Oberweier. Die Prokura des Paul Hoefinger in Karlsruhe ist erloschen.
Karlsruhe, den 7. Jan. 1927.
Amtsgericht.

Mannheim. 3.574
In das Handelsregister wurde heute eingetragen zu folgenden Firmen:
1. Defona-Vertrieb Wilhelm Rohmann, Mannheim: Das Geschäft mit Aktien und Bausparen und samt der Firma ging von Wilhelm Rohmann auf Ingenieur Erich Kühn in Heidelberg über; dieser führt es unter der bisherigen Firma fort.
2. Max Weil, Mannheim: Das Geschäft ist mit Aktien und Bausparen und samt der Firma von Max Weil auf dessen Ehefrau, Friede geborene Meyer, Mannheim übergegangen, die es als alleinige Inhaberin unter der bisherigen Firma weiterführt. Max Weil, Mannheim, ist als Prokurist bestellt.
3. Elektrotechnische Fabrik Badenia Gesellschaft

mit beschränkter Haftung, Mannheim: Karl Schmitt ist nicht mehr Geschäftsführer.
4. Ober-rheinische Versicherungsgesellschaft Aktiengesellschaft, Mannheim: Oscar Sternberg ist nicht mehr Vorstandsmitglied.
5. In das Handelsregister wurde eingetragen zu folgenden Firmen:
Am 8. Januar 1927:
1. „Nordstern“ Kohlenhandels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 16. Dezember 1926 in § 1 (Sitz) abgeändert. Der Sitz der Gesellschaft ist nach Baden verlegt. Jwan Meyersbach ist nicht mehr Geschäftsführer.
2. Zentralheizungs- und Wasserversorgungsgesellschaft Zweigniederlassung Mannheim, Mannheim: Georg Kötz ist nicht mehr Vorstandsmitglied. Durch Beschluß der Generalversammlung vom 12. November 1926 ist die Gesellschaft aufgelöst. Direktor Heinrich Stiene, Hannover, und Prokurist Wilh. Keil, Hannover, sind zu Liquidatoren bestellt. Die Prokura des Paul Patzsch und des Wilhelm Keil ist erloschen.
3. Eisenbeton-Unternehmen Richard Speer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Die Prokura des Fritz Genuit ist erloschen.
4. M. Masius Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Moritz Lebach ist nicht mehr Geschäftsführer.
Am 7. Januar 1927:
5. Aktiengesellschaft für Seilindustrie vormals Ferdinand Wolff, Mannheim: Gustav Barck ist nicht mehr Vorstandsmitglied.

6. Automaten-Restaurant, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Fritz Sommer ist nicht mehr Geschäftsführer. Carl Stricker, Mannheim, ist zum Geschäftsführer bestellt.
Bad. Amtsgericht, O. 4, Mannheim.

Mannheim. 3.600
In das Handelsregister wurde heute eingetragen:
a) zu folgenden Firmen:
1. Offenbacher Lederwaren-Vertrieb Albert Meier & Co., Mannheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft mit dem Recht, die Firma weiterzuführen, ging auf Kaufmann Albert Meier in Mannheim über. Dieser führt es unter der bisherigen Firma fort.
2. F. Freytag Nachf. Josef Herrgaden, Mannheim: Die Firma ist erloschen.
3. Julius Bretzheim, Mannheim: Der Geschäftszweig ist jetzt Warenagenturen für die Tabakindustrie.
b) folgende Firmen:
4. Heinrich Seiler, Mannheim: Inhaber ist Heinrich Seiler, Restaurateur, Mannheim.
5. Cera-Verl Nürnberg Pfister & Daur, Mannheim, Zweigniederlassung, Hauptniederlassung in Nürnberg. Inhaber ist Oskar Träger, Kaufmann, Nürnberg.
Mannheim, 8. Jan. 1927.
Bad. Amtsgericht, O. 4, Offenburg.

Offenburg. 3.584
Handelsregister: Abt. A Band I O.-Z. 352: Firma Ludwig Daffner & Burghart in Offenburg, Band II O.-Z. 63: Firma Hermann Delle in Offenburg, O.-Z. 86: Firma Michael Steinmetz in Offenburg. Die Firma ist erloschen. Vd. I O.-Z. 11: Firma Adolf Kahn in Of-

fenburg. Der Gesellschaftler Karl Lion ist am 1. Januar 1924 aus der Gesellschaft ausgeschieden.
Abt. B Band I O.-Z. 27: Firma Süddeutsche Diskontogesellschaft Aktiengesellschaft Filiale Offenburg. Dr. h. c. Benno Weil in Mannheim ist aus dem Vorstand ausgeschieden. O.-Z. 28 Firma Freiburger Süddeutsche Handelsgesellschaft m. b. H. in Offenburg. Durch Beschluß der Generalversammlung vom 27. Dezember 1926 ist das Stammkapital von 804 702 300 000 Papiermark auf 540 RM. umgestellt, und der Gesellschaftsvertrag in den §§ 7 (Aufsichtsrat) und 12 (Stimmrecht) geändert und § 17 nebst Anhang des Gesellschaftsvertrags aufgehoben.
Offenburg, den 10. Januar 1927. Bad. Amtsgericht II.

Philippsburg. 3.573
Zu O.-Z. 6 des Genossenschaftsregisters „Rheinischer Kreditverein Rheinsheim, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung“ in Rheinsheim wurde eingetragen: Die Firma ist geändert in „Spar- und Darlehenskasse, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung“ in Rheinsheim, Amt Bruchsal.“ Nach dem abgeänderten Statut vom 19. Dezember 1926 ist Gegenstand des Betriebes einer Spar- und Darlehenskasse zur Pflege des Geld- und Kreditverkehrs, sowie zur Förderung des Sparwesens. Philippsburg, 10. 1. 1927.
Bad. Amtsgericht.

Sinsheim. 3.575
Handelsregister B Bd. I O.-Z. 7, Reinhold Stitz, Aktiengesellschaft, Sinsheim: Reinhold Stitz ist als Vorstand ausgeschie-

den und an seiner Stelle der Kaufmann Paul Horn in Sinsheim zum Vorstand bestellt. Sinsheim, 8. Januar 1927. Amtsgericht.

Arbeitsvergebung.
Für die Erweiterung der Maschinenbauabteilung der Techn. Hochschule, Hofsaalbau mit Kraftwagenlaboratorium sowie der elektr. Zentrale für die Umformstation werden die Entwurfsarbeiten nach den Bedingungen des Finanzministeriums v. 27. Juli 1922, 22. Juli 1922 und 12. März 1926 öffentlich vergeben. 3.592 Zeichnungen und Bedingungen liegen vom 14. Januar 1927 bis einschl. 24. Januar 1927 auf unserem Geschäftszimmer, Stephanienstr. 28, während der üblichen Dienststunden zur Einsichtnahme auf. Versand von Zeichnungen erfolgt nicht. Angebote verschlossen mit entsprechender Aufschrift versehen bis zur Eröffnung am 25. Januar 1927, vorm. 10 Uhr, Karlsruhe, 12. Jan. 1927. Bezirksbauamt.



Badisches Landesheater
Dienstag, 18. Jan. 1927
* B 14

Die Bohème
von Puccini

Musikalische Leitung:
Alfons Kischner
In Szene gesetzt von
Hellmut Grobe

Rudolf Reintwig
Schaunard Vogel
Marcel Beptrauch
Collin Dr. Bucherpfennig
Bernard Köfer
Rini Wanz
Rufette von Ernst
Raspignol Rainbach
Alcindor Siegfried
Sergant Allan
Wächter Uras
Anfang 7¹/₂, Ende nach 9¹/₂,
I. Sperrfrist M. 7.—



Hochverzinsliche Anlagewerte
(Hypothekarisch sichergestellt) werden
an unseren Schaltern stets abgegeben

Rat und Auskunft in allen Vermögensangelegenheiten erfolgt kostenlos

Rheinische Creditbank Filiale Karlsruhe
Telefon 6000 bis 6013

Resi-denz
Lichtspiele
Waldstraße 78
Ben Hur